

INTERNET-KRIMINALITÄT

# „Wir kriegen sie alle“

Gleich zwei Landespolitiker stehen unter Verdacht, Kinderpornokonsumenten zu sein. Die Polizei kommt Tätern bei der Fahndung in Netzwerken immer besser auf die Spur.

Bei seiner Rede zur Flutkatastrophe zeigte sich der Hamburger CDU-Abgeordnete Clemens Nieting, 40, im Januar in der Bürgerschaft ernsthaft betroffen. „Was gibt es Wertvolleres als ein Menschenleben? Aber ein Kind. Eine so junge, so unschuldige Seele. Fast 100 000 Kinder unter den Opfern“, klagte er. Seine Zuhörer fühlten mit ihm, war er doch zum Zeitpunkt der Katastrophe selbst als Urlauber in Thailand gewesen, wo er zusammen mit einem anderen Bürgerschaftsabgeordneten eine Wohnung besitzt.

Vergangenen Mittwoch jedoch bekamen die rührenden Worte des Bürgerschaftsabgeordneten einen ganz bitteren Beigeschmack. Die Polizei hatte die Wohnung Nietings in Hamburg-Langenhorn durchsucht. Die Beamten fanden CD-Roms und Disketten, auf denen kinderpornografische Bilder gespeichert waren. Einen Tag später



**CDU-Abgeordneter Nieting (in Thailand)**  
Kinder pornos für Recherchezwecke?

legte der CDU-Politiker sein Mandat nieder, wohl auf Drängen seiner Partei.

Ungeheuerlich ist der Verdacht, dass politisch Verantwortliche – Nieting war Mitglied im Familienausschuss – solcherart Material besitzen. Und doch ist das kein Einzelfall. Erst vorvergangene Woche schlugen Fahnder in Sachsen-Anhalt zu, beim PDS-Abgeordneten Stefan Gebhardt, 31. Sie fanden Kinderporno-Dateien auf dem Privatrechner und dem Computer im Wahlkreisbüro.

Der Konsum, vor allem der Tausch von Kinderpornografie ist im Internet-Zeitalter ein Massenphänomen geworden. 50 000 Sammler solcher Bilder und Filme gibt es allein in Deutschland, schätzen Ermittler. Tendenz steigend, schließlich kann heute jeder mit einer Digitalkamera und verfügbaren Kindern selbst Bilder herstellen und weltweit verbreiten.

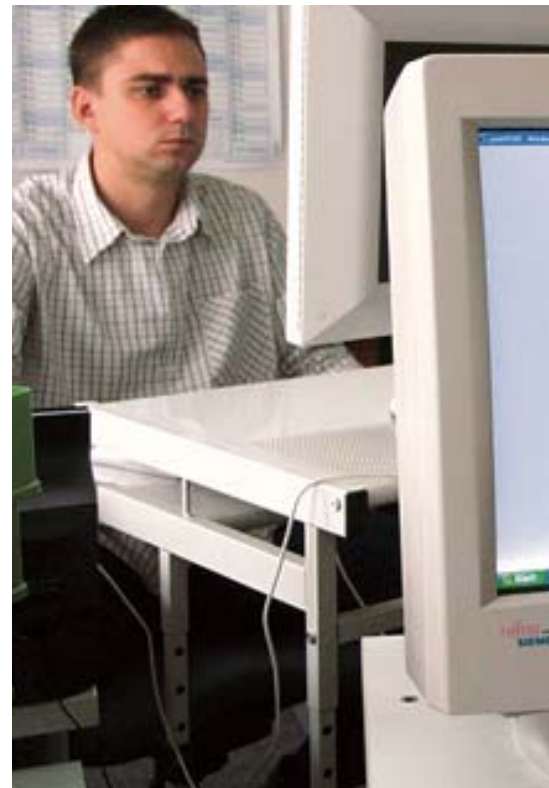
Die menschlichen Abgründe, die in solchen Dateien dokumentiert werden, sind nahezu unbeschreiblich. Gefragt sind grausame Darstellungen mit besonders jungen Kindern. In der Anonymität des Internet fühlen sich viele Täter sicher. Zu Unrecht. Denn die Polizei kommt den Kindererschändern immer öfter auf die Spur. Die Jagd funktioniert nach dem Schneeballsystem: Gelingt den Ermittlern ein Zugriff auf eine Computerfestplatte, ergeben sich daraus unzählige Hinweise auf andere Täter – und auf deren Festplatten lagern wieder neue Hinweise. Schnell entsteht ein weltumspannendes Netz, das sich immer enger zuzieht.

Ähnlich war es auch im Fall Nieting. Die Ermittlungen gegen den Junggesellen gehen zurück auf ein Verfahren im baden-württembergischen Tuttlingen, wo ein Rettungsschwimmer Kinder pornos auf seinem Rechner hortete. Der wiederum war aufgefallen, weil seine Daten auf dem Computer eines Beschuldigten in Ludwigsburg gefunden wurden. Nieting, gelernter Bankkaufmann, soll, so die Ermittler, eine Datei unbekanntes Inhalts an den Rettungsschwimmer versandt haben. Auf Nietings konfiszierter Festplatte fand sich bislang keine Kindersex-Datei, wohl aber auf von ihm aufbewahrten Datenträgern.

Der Politiker, bislang bei der CDU beschäftigt, ist beurlaubt, seine Internet-Seiten sind gelöscht. Er wehrt sich vehement gegen jeglichen Verdacht. Pädophile Neigungen seien ihm „fremd“. Er besitze die Dateien, weil er „vor mehreren Jahren im Rahmen einer Untersuchung für eine mögliche parlamentarische Initiative in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord über Kinderpornografie recherchiert hatte“.

Mit dieser Erklärung ist Nieting in bester Gesellschaft: Auch die britische Musikerlegende Pete Townshend (The Who) rechtfertigte sich 2003 vor britischen Ermittlern, er habe Kindersexfotos nur für Recherchezwecke besessen. Das Verfahren wurde eingestellt, Townshend ins Register für Sextäter aufgenommen.

PDS-Politiker Gebhardt beteuert indes, gar nichts mit den Vorwürfen zu tun zu haben. Er habe die Pornos nicht



**LKA-Beamte in Stuttgart:** Zugang nur mit einer

geladen, viele hätten Zugang zu seinen Rechnern.

Doch was auch immer die Untersuchungen ergeben: Fest steht, dass immer mehr Nutzer von Kinderpornografie gefasst werden. Und die Bundesrepublik ermittelt an vorderster Front. Der Durchbruch kam 2002 unter dem Decknamen „Operation Marcy“, der größten Ermittlung in Sachen Kinderpornografie, die je von Deutschland ausging.

Nach Hinweisen des Verbands der deutschen Internet-Wirtschaft beschlagnahmte die Magdeburger Polizei den Computer von Marcel K., der sich im Netz „Marcy“ nannte. Der Arbeitslose, der bei seiner Oma wohnte, war Mitglied in 38 Internet-Communities zum Thema Kinderpornografie. Etliche davon hatte er selbst gegründet.

Host für diesen Dreck war die Firma Microsoft – und genau dort setzten die



**Ermittler Kobow, Beweismittel:** „Ziehen am Wollknäuel“



NORBERT FÖRSTERLING / DPA

„Keuschheitsprüfung“

Fahnder an, ganz oben. Sie erwirkten beim Amtsgericht Halle „einen Beschluss gegen Bill Gates“, wie der zuständige Kriminalhauptkommissar Torsten Kobow sagt. Seine Firma solle die Verbindungsdaten der Nutzer herausgeben.

Nach einiger Zeit landete auf Kobows Schreibtisch ein Paket von Microsoft: 21 CD-Roms mit zwölf Gigabyte Dateien, voller Informationen darüber, wer wann welche Dateien verschickt hatte. Mit diesem Material begann die ganz große Jagd. Das BKA wurde eingeschaltet, Interpol, Beamte aus Israel und den USA kamen nach Halle. Am Ende wurden in der Operation „Marcy“ 26 500 Verdächtige in 166 Ländern ermittelt, sogar 7 Männer im Vatikan waren dabei. „Das ist wie ein Ziehen am Wollknäuel“, sagt Kobow.

Um die Menge überhaupt bewältigen zu können, liefen die Ermittlungen in zwei Phasen; noch heute werden Hinweise aus „Marcy“ weiterverfolgt. Das Domino-System geht weiter.

Die Neigung zu Kinderpornos ist kein Unterschichtenphänomen. Auffallend häufig treffen die Fahnder auf einen Tätertypus, dessen sexuelle Ausrichtung auch die Berufswahl bestimmte: Lehrer, Jugend- und Sozialarbeiter, ehrenamtliche Sporttrainer. Oberstaatsanwalt Peter Vogt, Leiter der Schwerpunktstaatsanwaltschaft Kinderpornografie in Sachsen-Anhalt, arbeitet seit sieben Jahren in diesem Feld. Während dieser Zeit hat er einen Jugendrichter erwischt, einen Staatsanwalt, der nur ein paar Büros weiter saß, Mitarbeiter des Landeskriminalamts und der Diözese,

Ärzte und Insassen des Landeskrankenhauses. „Es ist eine Volksseuche“, sagt er. Er klagt, dass manchmal die Manpower fehlt. Aber er sagt auch: „Wir kriegen sie doch alle.“ Und das, obwohl den Ermittlern oft die Hände gebunden sind. Sie dürfen selbst keine Kinderpornos verschicken – das machen sich die Mitglieder solcher Tauschringe zunutze. Wer rein will, muss als „Keuschheitsprüfung“ (Pädosexuellen-Jargon) selbst Bilder ins Netz stellen.

Bisher sind die Provider in Deutschland nicht verpflichtet, ihre Logdaten aufzuheben. Anfang 2004 hatte sich der schleswig-holsteinische Innenminister Klaus Buß (SPD) für eine solche Pflicht stark gemacht. Passiert ist nichts – auch aus Datenschutzgründen.

Allerdings hat die Regierung vor einem Jahr die Strafen erhöht. Wer Kinderpornografie besitzt, wandert maximal zwei Jahre ins Gefängnis, wer Bilder verbreitet, bis zu fünf Jahre. Nach Auffassung der Opferschutzorganisation „Dunkelziffer“ kommen viele Täter trotzdem zu leicht davon.

Immer noch werde der Besitz von Bildern verharmlost, sagt Dunkelziffer-Geschäftsführerin Vera Falck. Dabei wüssten Richter manchmal gar nicht, über welche schlimme Darstellungen sie urteilten. Das habe nichts mit Nacktbildchen von Jungen unter der Dusche zu tun. Die Anblicke im Netz lassen selbst hartgesottene Ermittler schauern. Da sind blutige Kleinkinder, Säuglinge, denen ins Gesicht ejakuliert wird, kleine Mädchen, die mit Exkrementen beschmiert werden. Die Opfer leiden oft lebenslang unter den psychischen Folgen.

Der überwiegende Teil der Kinderschänder im Netz hat keine finanziellen Interessen. Diese Fetischisten tauschen Bilder und hinterlassen so Spuren im Internet.

Wie bei einer Kinderporno-Seite in Texas. Dort mussten User ihre Kreditkarten-Verbindung angeben. Auf diese Weise konnte Scotland Yard die Spur zu 6000 Briten zurückverfolgen. 1200 wurden festgenommen, 33 Verdächtige der Operation „Erz“ haben sich bereits das Leben genommen. Der Betreiber der Seite, ein US-Bürger, wurde in den USA zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt.

Ins Gefängnis wandern in Deutschland nur wenige. Der ehemalige Bremer Bürgerschaftsabgeordnete und Ex-Bundesvorsitzende der „Lesben und Schwulen in der SPD“, Michael Engelmann, akzeptierte im vergangenen Sommer einen Strafbefehl wegen des Verbreitens von Kinderpornografie. Er bekam ein Jahr auf Bewährung und eine Geldbuße.

CORDULA MEYER,  
ANDREAS ULRICH